

Umweltgerechtigkeit

Interview mit Christa Böhme,
Projektleiterin im Forschungsbereich Stadtentwicklung,
Recht und Soziales des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu)¹

Was genau ist unter dem Begriff „Umweltgerechtigkeit“ zu verstehen?

Eine allgemein verbindliche Definition des Begriffs „Umweltgerechtigkeit“, der sich vom englischen Terminus „environmental justice“ ableitet, gibt es in Deutschland nicht. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat aber vor einigen Jahren eine Begriffsdefinition entwickelt, die inzwischen auch Verbreitung gefunden hat. Umweltgerechtigkeit zielt nach dieser Definition darauf ab, eine Konzentration gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen wie Lärm, Feinstaubbelastung oder Hitzeinseln in sozial benachteiligten Quartieren und Wohnlagen zu vermeiden bzw. abzubauen sowie ihren Bewohner*innen Zugang zu gesundheitsbezogenen Umweltressourcen – dazu gehören vor allem Grün- und Freiflächen – zu ermöglichen. Es geht um eine faire räumliche Verteilung von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen und -ressourcen, und zwar unabhängig vom Wohnstandort und vom Sozialstatus. Sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen, die aufgrund ihrer individuellen (Einkommens-)Situation auch weniger mobil sind und daher Umweltbelastungen nicht gut ausweichen können, sollen mittels Verbesserung ihrer umweltbezogenen Lebenssituation „vor der Haustür“ entlastet werden. Dies ist vor allem auch deshalb wichtig, weil soziale Benachteiligung bzw. Armut gesundheitlich anfälliger gegenüber Umweltbelastungen macht, als dies bei weniger benachteiligten Bevölkerungsgruppen der Fall ist. Zentral für den Ansatz Umweltgerechtigkeit ist vor diesem Hintergrund der Dreiklang von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage.

Wie wird Umweltgerechtigkeit sichtbar und bei welchen städtischen Gruppen?

Es gibt sie in jeder größeren Stadt: die Wohnlagen an lauten Hauptverkehrsstraßen mit hoher Feinstaubbelastung und wenig Grün vor der Haustür. Wohnen möchte hier kaum jemand! In schrumpfenden Städten stehen diese Wohnungen daher häufig leer. In wachsenden Städten – und das sind heute die meisten – werden

¹ Die folgenden Ausführungen basieren zu großen Teilen auf folgender Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik (2021). Toolbox Umweltgerechtigkeit: [toolbox-umweltgerechtigkeit.de](https://www.difu.de/toolbox-umweltgerechtigkeit)

dagegen auch diese Wohnlagen aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes nachgefragt. Oft sind dies Haushalte, die sich aufgrund ihres geringen Einkommens Wohnstandorte in besseren Gegenden nicht leisten können, unter anderem Bezieh*innen von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe, Alleinerziehende, ältere Menschen mit geringer Rente. Untersuchungen belegen den räumlichen Zusammenhang von niedrigem Sozialstatus und höheren Umweltbeeinträchtigungen wie Lärm, Luftschadstoffe, mangelnde Ausstattung mit Grün- und Freiflächen, bioklimatische Belastungen. Nicht selten sind hiervon ganze Quartiere und ihre Bewohnerschaft betroffen. Und diese schlechte Umweltsituation hat gesundheitliche Folgen: Zu den Erkrankungen, die auch dem Straßenverkehr zugeschrieben werden, zählen unter anderem Lungenkrebs, Asthma und Bronchitis sowie Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems. Bei Kindern in diesen Quartieren kann das fehlende Grün in der Nachbarschaft eine Mitursache für Bewegungsmangel sein, der ungenügende körperliche Fitness, Haltungsschäden und Übergewicht zur Folge haben kann.

Wer sind die zentralen Akteure, wenn es darum geht, mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen? Welche Rolle kommt den benachteiligten Quartiersbewohner*innen selbst zu?

Umweltgerechtigkeit ist ein integrativer Handlungsansatz. Das heißt, verschiedene Themenfelder wie Umwelt, Gesundheit, Verkehr, Stadtentwicklung, Soziales, Bildung spielen eine Rolle. Sie müssen zusammengedacht und zusammengebracht werden – von einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure aus Politik, Kommunalverwaltung, Zivilgesellschaft und natürlich den Quartiersakteuren vor Ort.

Politik: Ohne politische Unterstützung ist Umweltgerechtigkeit in den Kommunen kaum zu realisieren. Aus der Perspektive von Städten, die sich mit diesem neuen Ansatz bereits auseinandersetzen, zeigt sich deutlich: Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik sollten ihren Beitrag leisten. Dabei reicht die Spannweite der Handlungsmöglichkeiten von der Gestaltung geeigneter Förderprogramme über die Bereitstellung von Know-how bis zur politischen Rückendeckung für die kommunale Verwaltungsebene.

Kommunalverwaltung: Viele Amts- bzw. Fachbereiche einer Kommunalverwaltung – insbesondere Umwelt/Grün, Stadtentwicklung/Stadtplanung, Verkehr, Gesundheit, Soziales, Bildung – sind gefragt, ihren jeweiligen Beitrag zu mehr Umweltgerechtigkeit in ihrer Stadt zu leisten. Um zu wissen, wo genau in der Kommune Handlungsbedarf für mehr Umweltgerechtigkeit besteht, müssen die Verantwortlichen in der Kommunalverwaltung erst einmal analysieren, in welchen städtischen Teilräumen sich in besonderem Maße umweltbezogene, soziale und gesundheitliche Benachteiligungen, also Mehrfachbelastungen, konzentrieren. Für diese mehrfach belasteten Quartiere sind dann von den verschiedenen Verwaltungsbereichen zielgruppenbedarfsgerecht Maßnahmen und Projekte zur Verbesserung der Umweltsituation im Quartier zu entwickeln und umzusetzen.

Quartiersakteure/-bevölkerung: Von zentraler Bedeutung ist aber, dass nicht nur professionelle Akteure „von außen“ etwas für mehrfach belastete Quartiere und ihre Bewohner*innen tun, sondern dass gerade auch „von unten“ im Sinne

von mehr Umweltgerechtigkeit gehandelt wird. Gefragt ist die Perspektive derjenigen, die vor Ort leben, arbeiten, handeln und die Situation als Teil ihres alltäglichen Lebens genau kennen: Quartiersbewohner*innen, lokale Gewerbetreibende, Kita- und Schulpersonal sowie andere Vor-Ort-Akteure.

Insbesondere um die Sichtweisen der Quartiersbevölkerung auf ihr Wohnumfeld einzubeziehen und mit ihr gemeinsam Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit zu entwickeln und auch umzusetzen, ist ein partizipativ ausgerichtetes Agieren erforderlich. Häufig stellt sich jedoch das Problem, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen mit etablierten Beteiligungsformaten wie beispielsweise Stadtteilkonferenzen nicht erreicht werden. Gründe hierfür können Sprach- und kulturelle Barrieren, fehlende Übung in der Diskussion mit anderen, resignative Einschätzungen der eigenen Wirksamkeit oder schlicht „Lampenfieber“ sein. Hier gilt es, passgenauere Lösungen zu finden, zum Beispiel aufsuchende und aktivierende Arbeit in einem informelleren Rahmen.

Über welche Qualitäten müssen Orte bzw. Räume verfügen, um einen nachhaltigen Beitrag zu Umweltgerechtigkeit leisten zu können?

Diese Frage lässt sich nur schwer generell beantworten. Welche Maßnahmen erforderlich sind, um nachhaltig mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen, lässt sich nur mit Blick auf das jeweilige mehrfachbelastete Quartier entscheiden. Dafür muss zunächst gemeinsam mit der Quartiersbevölkerung herausgefunden werden, wo im Quartier die (drängenden) Handlungsbedarfe im Hinblick auf Umweltgerechtigkeit liegen. Welche gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen müssen verringert oder sogar abgebaut, welche gesundheitsförderlichen Umweltressourcen erweitert werden? Und was heißt das ganz konkret, wo genau liegen die Probleme, aber auch die Ressourcen? Auf Basis dieser Quartiersanalyse können dann ebenfalls unter intensiver Beteiligung der Bewohnerschaft für das Quartier detaillierte Maßnahmen und Aktivitäten entwickelt und umgesetzt werden. Meist haben dabei folgende Handlungsfelder eine besondere Bedeutung:

- Lärmschutz,
- Luftreinhaltung,
- Freiraumentwicklung,
- Klimaschutz/Anpassung an den Klimawandel,
- Mobilität/Verkehr,
- Gesundheitsförderung,
- Umweltbildung.

Wichtig ist bei all dem, mögliche Gentrifizierungseffekte zu beachten und zu vermeiden. Die Verbesserung der Umweltsituation darf nicht dazu führen, dass die Bewohnerschaft aus ihrem Quartier verdrängt wird.

Welche Rolle spielen Gemeinschaftsgärten bei der Herstellung von mehr Umweltgerechtigkeit?

Umweltgerechtigkeit meint nicht nur, gesundheitsrelevante Umweltbelastungen wie Lärm und schlechte Luftqualität in sozial benachteiligten Quartieren

abzubauen, sondern auch, Defizite mit Blick auf gesundheitsbezogene Umweltressourcen zu beheben. Da die Quartiere häufig schlecht mit Grün- und Freiflächen versorgt sind, liegt hierbei der Fokus in der Regel auf der Verbesserung der Grünausstattung des Quartiers – sowohl quantitativ als auch qualitativ. Gemeinschaftsgärten können hierfür einen wichtigen Beitrag leisten. Sie sind Orte der nachbarschaftlichen Begegnung und Kommunikation und Orte der Umweltbildung. Durch die Möglichkeit, Obst und Gemüse anzubauen, tragen Gemeinschaftsgärten zur Subsistenz bei. Und nicht zuletzt dienen sie der Erholung und dem Abbau von Alltagsstress und wirken sich damit positiv auf die psychische und physische Gesundheit aus. Der für den Ansatz Umweltgerechtigkeit zentrale Dreiklang von Gesundheit, Umwelt und sozialer Lage findet sich also ganz konkret in Gemeinschaftsgärten wieder. Sie sind daher ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu mehr Umweltgerechtigkeit.

Welche konkreten Erkenntnisse konnten Sie bei Ihren Forschungen zu Umweltgerechtigkeit mit Blick auf Gemeinschaftsgärten in benachteiligten Quartieren gewinnen?

Die Förderung von Gemeinschaftsgärten wie auch von Umweltgerechtigkeit im weiteren Sinne erfordert eine intensive Kommunikation und Vernetzung zwischen den verschiedenen Beteiligten im Quartier (zum Beispiel Quartiersmanagement, Vereine, Schule, Flächeneigentümer*innen) und in der Verwaltung (insbesondere Bereiche Stadtplanung, Grün, Umwelt, Soziales). Auch wenn viele Gemeinschaftsgärten bottom-up initiiert werden, ist es wichtig, sie in kommunale und quartiersbezogene Konzepte und Planungen zur Stadt- und Freiraumentwicklung sowie in Integrations-, Bildungs- und andere sozial-integrative Konzepte einzubinden. So können Gemeinschaftsgärten eine langfristige Perspektive erhalten und ihr sozial-integratives Potenzial – auch für mehr Umweltgerechtigkeit – entfalten.

Wie unterscheidet sich der Ansatz „Gesunde Stadt“ von dem Ansatz „Umweltgerechtigkeit“?

Die „Gesunde Stadt“ verfolgt den „Health in All Policies-Ansatz“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung sollen danach in allen Politik- und Verwaltungsbereichen berücksichtigt, ausgebaut und verbessert werden. Ein wichtiger Politikbereich der „Gesunden Stadt“ ist eine gesundheitsfördernde Stadtentwicklung. Programmatischen Niederschlag findet der Einfluss der Stadtentwicklung auf die Gesundheit in der 2020 neu formulierten Leipzig-Charta, dem Leitdokument für die Stadtentwicklung in Deutschland und Europa. Die Charta beschreibt mit der gerechten, grünen und produktiven Stadt drei Dimensionen gemeinwohlorientierter Stadtentwicklung und zählt hierzu ausdrücklich ein gesundes Lebensumfeld, gesunden Wohnraum, ein gesundes Stadtklima, eine ausreichende Gesundheitsversorgung und Umweltgerechtigkeit für alle gesellschaftlichen Gruppen. Umweltgerechtigkeit ist also Teil einer gesundheitsfördernden Stadtentwicklung und damit auch des Ansatzes „Gesunde Stadt“.

